

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 2. Juni 2020 / Mardi après-midi, 2 juin 2020

Grosser Rat / Grand Conseil

**16 2019.RRGR.215 Motion 179-2019 SP-JUSO-PSA (Zybach, Spiez)
Neue verbindliche Regelung der Sessionszeiten und angepasste Traktandenliste**

**16 2019.RRGR.215 Motion 179-2019 PS-JS-PSA (Zybach, Spiez)
Nouveau règlement contraignant des périodes de session et ordre du jour modifié**

Präsident. Wir fahren mit den Traktanden weiter. Die neuen Vizepräsidenten sind daran, sich einzurichten. Wir können trotzdem weiterfahren. Traktandum Nr. 16 – eine Motion der SP-JUSO-PSA-Fraktion: «Neue verbindliche Regelung der Sessionszeiten und angepasste Traktandenliste». Ich gebe Grossrätin Zybach, der Sprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion, das Wort. Bitte, Frau Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Werter Grossratspräsident, zuerst einmal ganz herzliche Gratulation zur Wahl und viel Freude und Erfolg bei dieser wirklich tollen Aufgabe.

Es ist eine Motion, welche die SP-JUSO-PSA-Fraktion eingereicht hat; das war vor elf Monaten. Ich hielt damals den Kopf schräg, zusammen mit Peter Siegenthaler, und wir überlegten einmal, welches eigentlich die Probleme rund um die Sessionszeiten sind. Der eine Punkt steht schon sehr schön in der Überschrift. Es geht nämlich darum, eine «verbindliche Regelung» zu haben – eine Regelung, die einfach gilt; eine Regelung, auf die man sich verlassen kann, weil man weiss, dass es so ist.

Wir hatten gerade heute wieder eine Abstimmung, wobei es nicht die erste in dieser Art und Weise war, und es ist störend, wenn wir immer wieder darüber diskutieren müssen, wie eigentlich die Zeiten sind. Ich glaube, das Büro hat inzwischen auch langsam ein wenig gemerkt, in welche Richtung wir ticken. Damit komme ich auf etwas zurück, das Grossrat Ruchti vorhin gesagt hat: Wir haben nämlich alle – dies ist das Spannende bei einem Milizparlament – berufliche Verpflichtungen. Das heisst, wir haben entweder ein KMU, einen Bauernhof, eine Unternehmung; wir sind Präsidentin, Geschäftsführer, was auch immer. Wir haben oft auch noch abends Sitzungen, Veranstaltungen oder müssen Material bestellen, Dinge erledigen, weil wir eben ein Milizparlament sind. Wir haben aber alle auch ein Privatleben. Wir betreuen vielleicht jemanden – ein Kind, eine erwachsene Person, wir unterstützen jemanden – und haben andere Aufgaben im Quartier, die wir wahrnehmen wollen. Dies muss irgendwie kompatibel sein mit der Aufgabe hier im Grossen Rat; daher eben ein Milizparlament.

Die ersten sechs Punkte, welche Sie aufgelistet finden, sind relativ selbsterklärend. Bei diesen geht es aber wirklich darum, zu klären: «Könnte man die Woche ausdehnen?», «Könnte man die Tage länger gestalten?», «Könnte man Abendsitzungen machen, die ...» – Ich weiss zwar nicht, ob sieben Uhr für Sie wirklich Abend ist. Für mich könnte Abend durchaus auch acht oder neun Uhr heissen. Es geht darum, dass man sich wirklich einmal Gedanken darüber macht, wie man dies planen könnte. In den letzten zwei Punkten fordert diese Motion eine Anpassung der Traktandenliste. Es sind Erfahrungen; Sie haben es vorhin gehört. Seitens des Grossratspräsidiums und des Büros trifft man sich immer wieder mit anderen Kantonen und tauscht sich aus. Verschiedene andere Kantone haben tolle Regelungen, indem sie nämlich rollende Agenden haben, rollende Traktandenlisten, mit denen man eigentlich immer weiterfahren kann. Ich denke, dies ist etwas, das wir uns hier auch überlegen sollten. Deshalb steht es auch in dieser Motion. Ich erinnere daran: Es gibt auch Leute, die Stellvertreterinnen, Stellvertreter angestellt haben. Sie bezahlen etwas dafür, damit diese zum Beispiel am Donnerstag der zweiten Woche für sie unterrichten oder sonst etwas tun. So wäre es nichts als recht, wenn sie auch hier im Grossen Rat arbeiten könnten, indem auf einer weiterführenden Traktandenliste weitergearbeitet werden kann.

Ich bedanke mich für die Antwort, welche wir vom Büro zu diesen Fragestellungen erhalten haben. Wir befinden uns sechs Jahre nach der Einführung der neuen Beratungsformen und Sessionszeiten. Ich glaube, deshalb ist jetzt wirklich der Zeitpunkt gekommen, um dem gerecht zu werden. Gerne möchte ich die Diskussion abwarten und auch zuhören, welche verschiedenen Überlegungen

vorgebracht werden. Vielleicht haben Sie in den Diskussionen innerhalb Ihrer Fraktionen auch Schwerpunkte gesetzt, was wirklich sinnvoll wäre, um verbindlichere Zeiten zu haben, um eine klarere Traktandenliste zu haben. Danach werde ich sehen, ob ich die Motion in ein Postulat wandle. Vielen Dank, ich bin gespannt auf die Diskussion.

Präsident. Bevor wir zu den Fraktionen kommen, noch eine Bemerkung seitens des Büros: Wir haben punktweise Abstimmung verlangt. Dies ganz bewusst, um zu sehen, welche Punkte genau der Grosse Rat weitergehend geprüft haben will. Am Schluss der Voten wird der Vizepräsident Hervé Gullotti noch die Haltung des Büros ausführen.

Fraktionssprecher Nr. 1 – für die Grünen – ist Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich schliesse mich den herzlichen Gratulationen zur Wahl auch noch an und wünsche gutes Gelingen.

Der Vorstoss verlangt eine «angepasste, verbindliche und verlässliche Regelung» der Sessionen. Er stellt vier Sessionen pro Jahr nicht infrage und rüttelt auch nicht an den vorgegebenen Fristen für die Behandlung der politischen Geschäfte. Dagegen kann man eigentlich nichts haben. Konkret werden vier Anpassungen zur Diskussion gestellt, und Richtschnur sollen die Bedürfnisse von Milizpolitikerinnen und Milizpolitikern sein, also von uns allen. Diese Bedürfnisse – ich glaube, darin sind Sie mit mir einig – können weit auseinandergehen. Ich möchte nicht so weit gehen wie der berühmte Soziologe Max Weber, der vor hundert Jahren in seinem Essay einmal zwei Typen von Politiker voneinander unterschied – diejenigen, die *für* die Politik leben, und solche, die *von* der Politik leben. Auf der Webseite www.kantonsparlamente.ch – dies ist die Informationsplattform der Konferenz der Kantonalen Ratssekretäre (KoRa) – habe ich einen interessanten Vergleich gefunden zu den Sitzungstagen, Sitzungszeiten und der Sitzungsdauer der verschiedenen Kantonsparlamente. Es gibt wirklich sehr grosse Unterschiede. Interessanterweise ist es nur eine Minderheit der kantonalen Parlamente, die wie wir mehrtägige Sessionen abhält. Und der unterschiedlich frühe Sitzungsbeginn am Morgen zeigt auch, dass die Bedürfnisse der Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker wirklich sehr stark auseinandergehen.

Wir haben in der grünen Fraktion den Wunsch des Büros aufgenommen, unsere Vorlieben oder Abneigungen für einzelne Änderungsvorschläge auszumitteln und hier auch bekannt zu geben. Session von Montag bis Freitag, also neu auch mit Sitzungen am Freitag: Dazu sagt die grüne Fraktion klar Nein, weil viele von uns froh sind, am Freitag einer Sessionswoche noch Berufsarbeit erledigen zu können.

Früherer Sessionsanfang oder späteres Ende, Anpassung am Donnerstag: Zu einer Prüfung dieser Fragen sagt die grüne Fraktion eher lustlos Ja.

Zwei Abendsitzungen pro Woche: Die grüne Fraktion ist hier mehrheitlich dagegen.

Fraktionssitzungen nur noch am Montagmorgen: Die grüne Fraktion ist hier mehrheitlich dafür. Wir haben ja bereits ein Stück weit damit begonnen.

Einzelne Sessionen, zweieinhalb oder sogar drei Wochen lang: Dies wird von der grünen Fraktion abgelehnt. Klare Fristen für die Bekanntgabe der genauen Zeiten und Dauer der Sessionen: Dazu sagen wir klar Ja, haben aber das Gefühl, dies sei eigentlich schon heute so. Die beiden letzten Vorschläge, die aus der Sicht des Büros problematisch und auch schwierig zu handhaben sind, haben in der grünen Fraktion keine Unterstützung gefunden.

Insgesamt unterstützt die grüne Fraktion also den Vorstoss gemäss dem Antrag des Büros als Postulat, beschränkt auf wenige Punkte, wobei diese nicht gerade matchentscheidend sind. Aufgrund der Erfahrungen aus der Coronazeit finden wir, dass es wichtig wäre, jetzt auch die Handlungsfähigkeit des Grossen Rats in solch ausserordentlichen Zeiten sicherzustellen und zu verbessern. Deshalb haben wir heute Vorstösse eingereicht, damit die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden können, damit der Grosse Rat künftig auch digital arbeiten könnte – und somit auch auf Gemeindeebene die Parlamentsarbeit durch Versammlungsverbote künftig nicht mehr dermassen lahmgelegt werden kann, wie dies jetzt der Fall war. Wir hoffen, dass diese Lehren aus der Coronakrise rasch gezogen werden und zu Verbesserungen in Parlaments- und Gemeindegesetzen führen. Danke fürs Zuhören.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Herr Grossratspräsident, auch nochmals von der Fraktion EVP ganz herzliche Gratulation.

Die Fraktion EVP unterstützt die vorliegende Motion auch als Postulat, obwohl ich mich eigentlich dem Vorredner gleich anschliessen kann – in ganz vielen Punkt zwar nicht unbedingt oder nur halb-

herzig. Als wir diesen Vorstoss in der Fraktion diskutierten, wurde sogar bei uns einmal mehr sichtbar, dass sich bei uns die Mehrheit wünschen würde, dass es einen Wechsel vom Sessionssystem hin zu einem Wochensystem gibt. Aus unserer Sicht wäre ein System mit fixen, regelmässigen Wochentagen arbeitnehmer-, arbeitgeber- und auch familienfreundlicher. Unser Sessionssystem schliesst aus unserer Erfahrung von vornherein Kandidierende für das Mandat als Grossrätin oder Grossrat aus – wir wissen das von Leuten – und beschert den Gewählten oft aufwendige Organisationsprobleme. Ein Wechsel zu einem neuen System ist zwar nicht Gegenstand der Forderungen, sollte aber aus unserer Sicht in die Überlegungen mit einbezogen werden.

Zu den einzelnen Punkten hat die EVP folgende Bemerkungen: Wir wünschen keine Verlängerung der Session von Montag bis Freitag. Dies eben aus den genannten Gründen; dies macht die Organisation für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und auch für Familienpersonen viel schwieriger. Auch wünschen wir keine Verlängerung der Sitzungstage: Wir wollen nicht früher beginnen und auch nicht länger tagen. Dies aus drei Gründen – erstens: Für Kolleginnen und Kollegen aus abgelegenen Kantonsteilen wäre es schwieriger, rechtzeitig hier zu sein. Zweitens: Wir gerieten mitten in den Pendlerstrom hinein; das ist auch nicht gerade wünschenswert. Drittens: Die Zeit vor und nach den Sitzungen muss für uns Milizpolitikerinnen und -politiker frei bleiben für Arbeit und Familie sowie für weitere Ämter. Allerdings sind wir einverstanden, wenn geprüft wird, ob Sitzungsanfang und -ende besser auf die Ankunftszeiten der Züge abgestimmt werden können, also nur so im Viertelstundenabstand und nicht auf halbe Tage.

Wir wünschen auch nicht zwei Abendsitzungen. Abendsitzungen sollten aus unserer Sicht sowieso nur eingeplant werden, wenn sie wegen der Geschäftslast nötig sind. Wir wollen also lieber keine Abendsitzungen statt zwei. Die Fraktionssitzung am Dienstagnachmittag während der Session ziehen wir dem Freitagmorgen vor der Session vor. Diesen Punkt lehnt die Fraktion EVP ebenfalls ab. Aus den bereits genannten Gründen lehnen wir auch eine Verlängerung der Session um eine dritte Woche ab. Hingegen unterstützen wir einstimmig die Forderung nach klaren Fristen für die Bekanntgabe der Sessionsdauer und der Sessionszeiten. Dies soll auch wiederum helfen, dass wir unsere Sessionen als Mandatsträger besser planen können. Wir können uns auch gut vorstellen, dass es in Zukunft Geschäfte nach Prioritäten gibt, damit die Sessionsplanung etwas flexibler wird und Geschäfte bei Überlastung verschoben werden können. Den letzten Punkt würden wir unterstützen. Es gibt aber tatsächlich keine Geschäfte, die man quasi vorverschieben könnte. Dies ist gar nicht möglich. Deshalb fällt dieser Punkt wahrscheinlich sowieso weg. Zusammengefasst: Die Fraktion EVP unterstützt das Postulat, hat aber bei den meisten Punkten ganz klar Vorbehalte.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Ich kann es kurz machen. Die BDP will im Prinzip an dem für uns bewährten System festhalten. Insbesondere gibt es von uns keine Unterstützung, auch keine Unterstützung für ein Postulat betreffend Freitag. Der Freitag ist für uns als Milizpolitiker wichtig; mancher von uns geht ins Geschäft und kann dann doch einigermaßen «nachgearbeitet» ins Wochenende gehen. Auch wollen wir die Fraktionssitzungen nicht kürzen. Die Sessionsdauer ist im Moment gut, diese wollen wir nicht verlängern. Bezüglich Traktanden mit erster und zweiter Priorität fragen wir uns, wie man dies sollte machen können: Auch hier sehen wir kein Postulat.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Herr Grossratspräsident, herzliche Gratulation zur Wahl! Wir freuen uns, dass du diesen Rat leitest.

Ich gebe Ihnen das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion zu diesem Vorstoss preis: Als Motion können wir gar keinen Punkt unterstützen, als Postulat nur gerade den Punkt 6 mit den klaren Fristen. Weshalb? – Wenn wir heute beschliessen, was wir wollen, sind viele Leute von uns vielleicht nicht mehr da. Jeder kennt die Voraussetzungen, wenn er als Grossrätin oder als Grossrat kandidiert, und weiss, wie diese Sessionen stattfinden. Dass man da einzelne Punkte vielleicht individuell, weil es für einen persönlich gerade besser passt oder nicht, überprüft – dies kann man tun. Hingegen sollte hier drin nicht gleich als Motion beschlossen werden, wie es danach weitergehen soll.

Wie gesagt: Wir haben alles ausgemehrt, jeden einzelnen Punkt, und sind nirgends zu einer Mehrheit gekommen, ausser beim Punkt 6.

Präsident. Ich frage Grossrat Graf, ob ihm 3 Minuten Redezeit reichen. – Er hat das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP). Man kann sich die Frage «Wann ist ein Parlament ein gutes Parlament?» durchaus stellen. Auf diese Frage gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: Es ist dann

ein gutes Parlament, wenn möglichst alle oder viele Wählbare, die Möglichkeit haben, zeitlich Einsitz zu nehmen, also dann, wenn sie nicht aus Kapazitätsgründen verzichten müssen. Ein Parlament, das nur – in Anführungszeichen – aus Rentnern und Studis, aus Hausmännern mit hütefähigen und -willigen Eltern und Schwiegereltern, aus Unternehmerinnen mit viel Freiraum, aus Lobbyisten und Angestellten mit toleranten Chefs besteht, repräsentiert das Volk nicht. Auch deshalb ist diese Motion eine wichtige Motion.

Wir Grossrätinnen und Grossräte sind ja arbeitsrechtlich in einer eigenartigen Situation. Einerseits sind wir AHV-rechtlich voll Arbeitnehmer, steuerrechtlich ebenfalls, beispielsweise mit der Begrenzung der Abzugsmöglichkeiten bei den Wegaufwendungen, was auch staatspolitisch – für Randregionen – sehr fragwürdig ist. Andererseits sind wir nicht BVG-pflichtig, obwohl gewisse über 21'150 Franken liegen. Ganz speziell fragwürdig ist, dass die Risikotragung bei den Arbeitnehmenden liegt, dahingehend, ob genügend Arbeit vorhanden ist. Wir haben einige Kolleginnen und Kollegen, die beispielsweise für die ganze Zeit Stellvertretungen organisieren müssen, und dann wird plötzlich der Mittwoch und der Donnerstag abgesagt; dort liegt das Risiko vollumfänglich beim Parlament. Aus diesen Gründen sagt die SP Folgendes zu dieser Motion: zu den drei letzten Punkten klar Ja, ebenfalls klar Ja zur Rücksichtnahme auf den ÖV und in den übrigen Punkten geteilte Ansichten. Danke!

Präsident. Damit sind wir am Ende des ersten Sessionstages angekommen – durch den überwiesenen Ordnungsantrag auf Sitzungsschluss um 16.30 Uhr. Ich bitte Sie, für den morgigen Morgen genügend Zeit einzurechnen. Sie haben heute Mittag gesehen, dass es bei der Eingangskontrolle einen Stau gegeben hat. Wenn Sie wollen, können Sie Unterlagen, Materialien, Geräte et cetera hier lassen. Diese Halle wird bewacht. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Kommen Sie gut nach Hause und bis morgen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.

Die Redaktorin / La rédactrice
Eva Schmid (de+fr)